

Berlin: Demonstration für mehr Sicherheit



Berlin ist die Hauptstadt der Kriminalität geworden. Die Versprechen, die Frank Henkel (CDU) gemacht hat, um den Posten des Innensenators zu ergattern, wurden nicht eingehalten. Im Gegenteil: Die Polizei in Berlin ist vielfach überaltert, personell unterbesetzt, technisch schlecht ausgestattet und zudem auch häufig unterbezahlt. Gleichzeitig wird in Berlin das U-Bahnfahren zu einer gefährlichen Mutprobe, werden tagtäglich die meisten Autos gestohlen oder angezündet, kriminelle Parallelgesellschaften beherrschen inzwischen ganze Straßenzüge und Wohnviertel.

(Von Yorck-Alexander Mayer, DIE FREIHEIT Berlin)

Die Gewalttätigkeit gegenüber der Polizei nimmt Ausmaße an, die kein Rechtsstaat mehr hinnehmen kann. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Frank Richter, beschreibt die jüngsten Ausschreitungen in Hamburg so:

„Die Angriffsziele der linken Chaoten sind der demokratische

Rechtsstaat und seine Polizei. Ihr angeblicher Kampf gegen Neonazis dient nur als Vorwand.“

Der Bundesvorsitzende der Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT René Stadtkewitz:

„Hier können, hier dürfen alle friedliebenden Bürger nicht wegsehen! Deshalb wollen und müssen wir als neue, demokratische Partei hier ein weiteres Mal ein Zeichen setzen! Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in Berlin ist es unserer Auffassung nach wichtiger denn je, nicht nur Innensenator Henkel (CDU) an seine bisher nicht eingehaltenen Wahlversprechen öffentlich zu erinnern, sondern allen Bürgern einmal mehr die Not der Berliner Polizei deutlich vor Augen zu führen. Berlin braucht dringend wieder mehr und vor allem jung und gut ausgebildete Polizeibeamte, welche straff organisiert und mit ausreichenden Sanktionsmöglichkeiten gegen das Verbrechen ausgestattet sind.“

In Deutschland eine politische Meinung zu haben, war schon oft gefährlich, in Deutschland die falsche politische Meinung zu vertreten, endete sehr oft auch tödlich. So wie in der NS- aber auch in der DDR-Zeit ziehen heute auch im wiedervereinigten Deutschland erneut marodierende Schlägertrupps durch die Straßen und attackieren bzw. bedrohen gezielt politisch andersdenkende Bürger. Oder drohen sogar wieder offen mit Mord. Was zu NS-Zeiten die SS erledigte, vollzogen zu DDR-Zeiten die STASI-Schergen. Heute hauen in die gleiche Kerbe mit denselben Methoden die Linksfaschisten der sogenannten ANTIFA. So aktuell geschehen in der letzten Nacht in Berlin-Mitte. Ihr Opfer in diesem Fall war ein Mitglied des Bundesvorstandes der Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT.

Dabei dienen derartige Aktionen diesen Leuten nur als Vorwand. In Wirklichkeit wollen heutzutage Linksfaschisten das momentane System in Deutschland ganz abschaffen. Mit Aussagen

wie „Deutschland ist Scheiße“ oder „Tod allen Bullen“ , nachzulesen auf den einschlägigen Seiten der sogenannten ANTIFA, werden deren eigentliche politische Absichten und Ziele sehr deutlich.

Durch die objektive Tatsache, sich heutzutage weder frei noch unabhängig informieren oder gar äußern zu können, gründete sich 2010 die Partei DIE FREIHEIT als neue bürgerlich-konservative Kraft. Die Partei und ihre Mitglieder verstehen sich als Mahner und Aufklärer, insbesondere gegen den aktuell etablierten, linkslastigen Mainstream; sie sind weder rechtsradikal noch rassistisch eingestellt. Und schon gar nicht besteht DIE FREIHEIT aus marodierenden Schlägertrupps. Die Partei möchte mit sachlichen Argumenten der öffentlichen politischen Diskussion die Schärfe und Richtung geben, welche von vielen Bürgen heute sehr oft vermisst wird. Jedwede Anwendung von Gewalt wird in dieser Partei kategorisch abgelehnt.

Der Landesverband Berlin der Partei DIE FREIHEIT lädt in diesem Zusammenhang jeden Bürger zur 2. Demonstration für mehr Sicherheit am 09.06.2012 um 14.00 Uhr am Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor ein. Unter dem Motto

“Für mehr Sicherheit für alle Bürger in dieser Stadt, gegen den weiteren Abbau der Polizeistärke in Berlin!”

haben wir eine Demonstration vom Brandenburger Tor über die Straße Unter den Linden bis zum Roten Rathaus angemeldet. Dort werden auf einer Abschlusskundgebung verschiedene Redner die Problematik und deren Brisanz anschaulich erläutert. Geplantes Ende soll gegen 18.00 Uhr sein. Bisher haben sich bereits 300 Bürger hierzu angemeldet.